

Hier etwas GMX/web.de-Journalismus:

► **Steinmeier räumt im Morgenmagazin erneut Fehler ein**

Eine Zusammenarbeit wie in früheren Jahren mit Russland unter Wladimir Putins Führung ist nach Ansicht von Frank-Walter Steinmeier nicht mehr möglich. "Was Russland angeht, muss ich Ihnen sagen, weiß ich es nicht", sagte der Bundespräsident am Dienstag im ZDF-Morgenmagazin auf die Frage, ob es noch "mit" oder nur noch "gegen" Putins Russland eine Zukunft geben könne. "Ich bin sicher, es wird in dem Russland unter Putin keine Rückkehr zur Normalität, zum Status quo ante geben." Putin sei mittlerweile ein "eingebunkertes Kriegstreiber".

Man sei in vielen Punkten gescheitert, auch darin, Russland in eine europäische Sicherheitsarchitektur einzubinden. "Das ist eine bittere Bilanz, vor der wir stehen", sagte der Bundespräsident. "Und zu dieser bitteren Bilanz gehört auch die Fehleinschätzung, dass wir und auch ich gedacht haben, dass auch ein Putin des Jahres 2022 am Ende nicht den totalen politischen, wirtschaftlichen, moralischen Ruin des Landes hinnehmen würde, für seine imperialen Träume oder seinen imperialen Wahn."

Steinmeier erneuerte auch seine Selbstkritik zum Umgang mit Russland und der Einschätzung Putins. Seine Bemühungen, ein friedvolles Verhältnis mit Russland aufzubauen, seien missglückt. Vor allem die Warnungen der osteuropäischen Partner nach 2014 hätte man ernster nehmen müssen. Das Festhalten an der Nordstream-Pipeline 2 habe Deutschland viel Glaubwürdigkeit gekostet. Steinmeier war von 1999 bis 2005 Kanzleramtschef unter Gerhard Schröder (SPD), dann von 2005 bis 2009 und von 2013 bis 2017 Außenminister im Kabinett von Angela Merkel (CDU).

Weiter forderte Steinmeier im ZDF eine gerechtere Verteilung von Geflüchteten aus der Ukraine in den Ländern der EU. Er halte es für "richtig", in diesem Zusammenhang auch über Verteilungsquoten zu sprechen. "Viele andere Länder in Europa halten sich noch zurück", wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen geht. "Deshalb muss noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden." Als beispielhaft würdigte Steinmeier die große Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen in Polen und in der Republik Moldau.

Auch innerhalb Deutschlands sollten die Flüchtlinge besser verteilt werden: "Wir schöpfen die Aufnahmebereitschaft in vielen Bundesländern noch gar nicht richtig aus". Derzeit sei die Lage so, dass viele Geflohene aus der Ukraine in Berlin oder anderen Großstädten bleiben wollten - auch deshalb, weil sie davon ausgingen, dass sie von dort schneller in ihre Heimat zurückkehren könnten, sagte Steinmeier...

Schwesig gesteht vor dem Landtag: "Das Festhalten an Nord Stream 2 war ein Fehler"

16:57 Uhr: *Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig hat im Landtag erneut Fehler in ihrem Verhalten gegenüber Russland eingestanden. "Mit dem heutigen Wissen war das Festhalten an Nord Stream 2 und die Einrichtung der Klima- und Umweltstiftung ein Fehler. Ein Fehler, den auch ich gemacht habe", sagte die SPD-Politikerin am Dienstag in einer Regierungserklärung vor dem Parlament in Schwerin. Es sei wichtig, diesen Fehler zu korrigieren. Der Bund habe für die Gasleitung Nord Stream 2 ein Stoppzeichen gesetzt. Landesregierung und Landtag seien sich in dem Ziel einig, die mit 20 Millionen Euro aus Russland ausgestattete Klimaschutz-Stiftung rechtskonform aufzulösen. Das Stiftungsgeld solle nach Möglichkeit der Ukraine zukommen. Diese Idee unterstütze sie.*

Schwesig warb um Verständnis für ihr langes Festhalten an guten Kontakten zu Russland, die auch von der großen Mehrheit der Bevölkerung im Land mitgetragen worden sei. "Wir haben uns in gutem Glauben und mit guten Zielen für den Austausch mit unserer Partnerregion Leningrader Gebeit eingesetzt. Auf der Grundlage der Annahme, dass allen, auch allen in Russland, an einem stabilen Frieden in Europa gelegen ist", erklärte sie. Diese Grundlage habe Präsident Wladimir Putin mit seinem Angriffskrieg in der Ukraine aber zerstört. Deshalb sei völlig klar, dass sich die Haltung gegenüber Russland grundlegend geändert habe und alle Kontakte abgebrochen worden seien.

"Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Zusammenarbeit mit Russland unter Putin noch einmal möglich sein wird", sagte Schwesig.